

Die
Programme
der politischen Parteien
im neuen Deutschland

Zusammengestellt von
Dr. Karl Mahler

Berlin 1945

Druckerei- und Vertriebs-Gesellschaft m. b. H.

A 96 - 06061

328

DIE

Programme

DER POLITISCHEN PARTEIEN

IM NEUEN DEUTSCHLAND

UND IHRE STELLUNGNAHME ZU DEN

WICHTIGSTEN TAGESFRAGEN

Zusammengestellt von

DR. KARL MAHLER



A 96 - 06061

Berlin 1945

Druckerei- und Vertriebs-Gesellschaft m. b. H.

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
Aufruf der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands	7
Aufruf der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands . . .	11
Aufruf der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands	16
Aufruf der Kommunistischen Partei Deutschlands	21
Vereinbarung des Zentralkomitees der Kommunistischen und des Zentralausschusses der Sozialdemokratischen Partei Deutsch- lands	30
Antifaschistischer Block, Einheitsfront der antifaschistisch-demo- kratischen Parteien	32
Stellung der Parteien zu den wichtigsten politischen Fragen . .	35

1.—50. Tausend

Alle Rechte, auch die des Nachdrucks und der Übersetzung — auch auszugs-
weise — vorbehalten.

Druck: Berliner Verlagsanstalt G. m. b. H., Berlin SW 68 K.-Nr. 08

SACHREGISTER ZUR „STELLUNG DER PARTEIEN
ZU DEN WICHTIGSTEN POLITISCHEN FRAGEN“

	Seite
Außenpolitik	35
Militarismus	36
Parlament	36
Verwaltung	37
Beamtentum	37
Rechtspflege	37
Geistesleben	38
Presse	38
Wissenschaft und Kunst	39
Rassenfrage	39
Religion und Kirche	40
Erziehung und Unterricht	40
Familie	41
Siedlung und Wohnungswesen	41
Wirtschaft, Industrie, Handwerk, Handel und Gewerbe	41
Privateigentum	42
Sozialisierung und Bodenschätze	43
Arbeiterschaft	43
Koalitionsrecht, Betriebsvertretungen	44
Steuerwesen	44
Versorgung	45
Nationalsozialismus	45

**AUFRUF
DER LIBERAL-DEMOKRATISCHEN PARTEI
DEUTSCHLANDS**

Nach zwölfjähriger Tyrannenherrschaft und nach fast sechsjährigem Krieg steht das deutsche Volk vor einem Trümmerfeld von grauenhaftem Umfang. Inhalt und Form des deutschen Gemeinschaftslebens sind zerschlagen. Die Verantwortung für den durch die Katastrophopolitik der Vorkriegszeit verschuldeten Krieg lastet schwer auf dem deutschen Volke. Die Pflicht zur Wiedergutmachung der Kriegsschäden wird ungeheure Opfer von uns allen fordern, und nur in mühsamer Arbeit wird es gelingen, das Leben in Deutschland wieder lebenswert zu machen. Mit kalter Nüchternheit müssen wir diesen Tatsachen ins Auge sehen, um den richtigen Ausgangspunkt für die Arbeit an unserem Volk und für unser Volk zu finden. Es gilt, völlig neue Voraussetzungen für eine Wiedergeburt des deutschen Volkes zu gewinnen, wenn wir es aus dem geschichtlich beispiellosen Zusammenbruch seiner körperlichen, geistigen, seelischen und moralischen Kräfte herausführen und ihm den Weg zu einer Wiedereinordnung in die Gemeinschaft der Völker ebnen wollen.

Angesichts dieser schicksalsschweren Aufgabe ist weder Zeit noch Raum für wortreiche, ins einzelne gehende Programme oder schillernde Zukunftsverheißungen. „Schwerer Dienste tägliche Bewahrung, sonst bedarf es keiner Offenbarung.“

Als nächste Ziele dieser jahrelang zu leistenden schweren Arbeit erkennen wir folgendes:

1. Äußere und innere Befreiung des deutschen Volkes von den letzten Spuren der Schmach und Schande des Nationalsozialismus. Bestrafung aller derjenigen, die sich im Kriege und in der Vorkriegszeit gegen Gesetz und Menschlichkeit vergangen haben, so

wie derjenigen, die die politische Verantwortung für die Gewalt-herrschaft der Nationalsozialisten seit 1933 tragen.

2. Achtung vor der Menschenwürde ohne Unterschied von Rasse und Klasse, von Alter und Geschlecht.
3. Sicherung der elementaren Lebensbedingungen des deutschen Volkes, der Ernährung und Kleidung, der Volksgesundheit und Volkserholung, der angemessenen Wohnmöglichkeit.
Wiederingangsetzung des allgemeinen Verkehrs als unerläßliche Voraussetzung zur Wiederherstellung menschlicher Gemeinschaft und Ordnung.
4. Neugestaltung des deutschen Gemeinschaftslebens auf wahrhaft demokratischer Grundlage mit dem Ziele politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Gerechtigkeit.
5. Wiedergewinnung der Freiheit nach innen und außen unter Ablehnung jeder nationalistischen Überheblichkeit. „Niemand ist lediglich ein Bürger des Gemeinwesens, dem er angehört. Das Menschliche erhebt sich aus dem Nationalen und über dasselbe.“
6. Aufrichtige Mitarbeit an der Festigung des friedlichen Zusammenlebens der Völker und Einreihung Deutschlands in die Familie der Nationen.
Beseitigung des Militarismus und Förderung aller Bestrebungen, den Krieg mit seinem Elend und Jammer aus dem Gemeinschaftsleben der Völker zu verbannen, damit das bestimmende ethische Gesetz für sie nicht das Recht der Macht, sondern die Macht des Rechts werde.
7. Schaffung wahrer sozialer Gesinnung.
8. Schutz und Förderung jeder schaffenden Arbeit in Handwerk und Kunst, in Handel, Industrie und Landwirtschaft, in Büro und Werkstatt. Ungehinderter Zusammenschluß zu berufsständischer und gewerkschaftlicher Vertretung.
Die Erhaltung einer einheitlichen deutschen Volkswirtschaft, des Privateigentums und der freien Wirtschaft ist die Voraussetzung für die Initiative und erfolgreiche wirtschaftliche Betätigung. Die

Unterstellung von Unternehmungen unter die öffentliche Kontrolle ist nur gerechtfertigt, wenn die betreffenden Betriebe hierfür geeignet und reif sind und wenn ein überwiegendes Interesse des Gesamtwohls dies gebietet. Dies gilt auch für landwirtschaftliche Betriebe einer übertriebenen Größenordnung.

9. Kultureller Wiederaufstieg des deutschen Volkes. Freiheit in Wort und Schrift, in Presse und Rundfunk.
Geistige, wissenschaftliche und künstlerische Reinheit sind unerläßliches Kulturgebot.
10. Freiheit für jedes religiöse Bekenntnis. Achtung und Schutz für alle Stätten der Religionspflege sind uns selbstverständliches Gebot. Staat und Volk haben im Verhältnis zu Kirche und Religion eigene Lebensgesetze.
11. Erziehung der Jugend zu Menschen, die durch ihre Persönlichkeit, ihre sittliche Bildung, ihre Berufstüchtigkeit und durch eine für ihr Volk und für die Menschheit aufgeschlossene Gesinnung befähigt sind zum Dienst an Vaterland und Menschheit.
12. Erneuerung des Unterrichtswesens, insbesondere auch der Hochschulen mit dem Ziele des ungehinderten Aufstiegs der Tüchtigen aus allen Schichten des Volkes.
13. Ur- und Keimzelle des Gemeinschaftswesens ist die Familie. Sie als solche wiederherzustellen und zu erhalten, ist die unerläßliche Voraussetzung einer deutschen Gesundung.
14. Vereinfachung des Staatsapparates, Wiederherstellung eines unabhängigen, leistungsfähigen Berufsbeamtentums neben dem Ehrenamt.
15. Eine Ordnung des Gemeinschaftslebens ist ohne Rechtsordnung nicht denkbar. Daher Schaffung eines Rechtsstaates, in dem jeder gegen Gewalt und Unrecht geschützt ist.
Ein unabhängiger Richterstand ist das berufene Organ der Rechtswahrung.
16. Das Gemeinschaftsleben unseres Volkes braucht Willensorgane und Vertretungskörper. Wir erstreben eine Volksvertretung auf der Grundlage des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts.

AUFRUF
DER CHRISTLICH-DEMOKRATISCHEN UNION
DEUTSCHLANDS

Deutsches Volk!

In der schwersten Katastrophe, die je über ein Land gekommen ist, ruft die Partei Christlich-Demokratische Union Deutschlands aus heißer Liebe zum deutschen Volk die christlichen, demokratischen und sozialen Kräfte zur Sammlung, zur Mitarbeit und zum Aufbau einer neuen Heimat. Aus dem Chaos von Schuld und Schande, in das uns die Vergottung eines verbrecherischen Abenteurers gestürzt hat, kann eine Ordnung in demokratischer Freiheit nur erstehen, wenn wir uns auf die kulturgestaltenden sittlichen und geistigen Kräfte des Christentums besinnen und diese Kraftquelle unserem Volke immer mehr erschließen.

Unsagbar schwer ist unsere Aufgabe. Nach 1918 rettete die politische Führung Organe des staatlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Lebens aus dem militärischen Zusammenbruch. Unzerstörte Städte und Dörfer, Fabriken, Werkstätten, Felder und Wälder blieben als Grundlage für einen allmählichen Aufstieg des Volkes erhalten.

Heute aber stehen wir vor einer furchtbaren Erbschaft, vor einem Trümmerhaufen sittlicher und materieller Werte.

Dieses Mal trieb ein gewissenloser Diktator mit seinem Anhang einen frivol entfesselten Krieg bis zu letztem Ausbluten unseres Volkes. Hitler ließ das Land in Schutt und Verödung zurück. Mit verlogenen nationalen Phrasen und hohlen Friedensbeteuerungen hat er das eigene Volk und andere Völker getäuscht und den Idealismus unserer Jugend schändlich mißbraucht. So mußte diese Jugend, die im guten Glauben für ihr Vaterland kämpfte, das Opfer einer wahn-

Von diesem Grundgedanken aus wollen wir, die wir aus allen tätigen Schichten des deutschen Volkes kommen, ans Werk gehen, um ein neues deutsches Volk und einen neuen deutschen Staat zu schaffen.

Was uns eint, das ist die liberale Weltanschauung und die demokratische Staatsgesinnung. Wer sich zu ihnen und zum Antifaschismus bekennt, ist uns bei unserer Arbeit willkommen.

Selbstverständlich ist für uns die Notwendigkeit einer Zusammenarbeit mit den anderen antifaschistischen Parteien.

Noch ist der Meinungs-austausch schwierig. Gleichwohl gilt es, die Organisation der „Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands“ rasch auf eine möglichst breite Grundlage zu stellen. Ihr alle, die ihr von gleicher Gesinnung und gleicher Hilfsbereitschaft seid, erklärt (nach Wiedereinführung des Briefverkehrs schriftlich oder inzwischen mündlich) eure Mitgliedschaft der Geschäftsstelle zu Händen des unterzeichneten Vorsitzenden (Berlin W15, Kurfürstendamm 52). Schließt euch in Stadt und Land zu Ortsgruppen zusammen und setzt euch mit uns in Verbindung, um Anregungen zu geben und zu erhalten.

Berlin, den 5. Juli 1945.

LIBERAL-DEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS

Der Vorstand:

Dr. habil. Waldemar Koch, Vorsitzender	Dr. Wilhelm Külz, Reichsmin. a. D., Stellv. Vorsitzender
Franz Xaver Kappus, Schriftsteller	

Der Hauptausschuß:

Otto R. Anklam, Ingenieur	Dr. Paul Hofmann, Universitätsprofessor
Prof. Dr. Wilhelm Eich, Wirtschaftsprüfer	Arthur Lieutenant, Bürgormstr. a. D.
Paul Engel, Arbeiter	Albert Willy Meyer, Kaufmann
Albert Grundey, V. d. H. d. Grundb.-Vereine	Dr. Eugen Schiffer, Reichsminister a. D.
	Dr. Erich Tager, Stadtrat a. D.

witzigen Führung werden. Groß ist die Schuld weiter Kreise unseres Volkes, die sich nur allzu bereitwillig zu Handlangern und Steigbügelhaltern für Hitler erniedrigten. Jede Schuld verlangt Sühne. Mit den Schuldbeladenen leidet auch die große Zahl der Deutschen, die ihren Schild reinhielten. Sie vermochten sich gegen Gewalt und Terror nicht durchzusetzen. Kämpfer echter demokratischer Gesinnung, evangelische und katholische Christen, zahllose jüdische Mitbürger, Männer und Frauen aus allen Schichten des Volkes litten und starben unter diesem Terror. Im Geiste ihres Vermächtnisses, geeint durch die gleiche Liebe zu unserem Volke erkennen wir unsere Pflicht, mit diesem Volke den Weg der Sühne, den Weg der Wiedergeburt zu gehen.

Das furchtbare Ausmaß von Unrecht, das die Hitlerzeit gebracht hat, verpflichtet, die Schuldigen und ihre Helfershelfer unnachlässig, in strenger Gerechtigkeit, jedoch ohne Rachsucht, zur Rechenschaft zu ziehen. An die Stelle des Zerrbildes einer staatlichen Gemeinschaft in der Hitlerzeit soll jetzt der wahrhaft demokratische Staat treten, der auf der Pflicht des Volkes zu Treue, Opfer und Dienst am Gemeinwohl ebenso ruht wie auf der Achtung vor dem Recht der Persönlichkeit, ihrer Ehre, Freiheit und Menschenwürde.

Das Recht muß wieder die Grundlage des ganzen öffentlichen Lebens werden. An Stelle der Lüge: „Recht ist, was dem Volke nutzt“, muß die ewige Wahrheit treten: „Dem Volke nutzt nur, was Recht ist.“ Die Unabhängigkeit und der geordnete Gang der Rechtspflege sind wieder herzustellen. Der Ruf nach gerechten Richtern geht wie ein einziger Schrei durch das ganze deutsche Volk. Jede Willkür ist auszuschließen. Eine Gestapo mit ihrem Terror darf es nicht wieder geben. Das öffentliche Leben muß in strenger Sparsamkeit weitgehend auf Selbstverwaltung, freiwilliger und ehrenamtlicher Mitarbeit aufgebaut werden. Die Volksvertretung soll die brüderliche und vertrauensvolle Zusammenarbeit aller die Demokratie bejahenden Parteien und aller aufbauwilligen Kräfte verwirklichen.

Wir fordern ein öffentliches Leben, das sich frei hält von Lüge, Massenwahn und Massenverhetzung, und eine verantwortungsbewusste

Presse mit dem Willen zur Wahrheit als oberstes Gesetz. Wir verlangen geistige und religiöse Gewissensfreiheit, Unabhängigkeit aller kirchlichen Gemeinschaften und eine klare Scheidung der kirchlichen und staatlichen Aufgaben.

Das Recht der Eltern auf die Erziehung der Kinder muß gewahrt werden, die Jugend in Ehrfurcht vor Gott, vor Alter und Erfahrung erzogen werden. Der von der Kirche geleitete Religionsunterricht ist Bestandteil der Erziehung. Durch die verderblichen Lehren des Rassenhasses und der Völkerverhetzung hat Hitler weite Teile der Jugend vergiftet. Sie muß wieder zur Erkenntnis wahrer sittlicher Werte geführt werden. Wissenschaft und Kunst sollen sich frei entfalten, und die Lehren echter Humanität, deren deutsche Kunder der ganzen Menschheit gehören, sollen den sittlichen Wiederaufbau unseres Volkes tragen helfen.

Das unermeßliche Elend in unserem Volke zwingt uns, den Aufbau unseres Wirtschaftslebens, die Sicherung von Arbeit und Nahrung, Kleidung und Wohnung ohne jede Rücksicht auf persönliche Interessen und wirtschaftliche Theorien in straffer Planung durchzuführen. Das Notprogramm für Brot, Obdach und Arbeit geht allem voran. Dabei ist es unerlässlich, schon um für alle Zeiten die Staatsgewalt vor illegitimen Einflüssen wirtschaftlicher Machtzusammenballungen zu sichern, daß die Bodenschätze in Staatsbesitz übergehen. Der Bergbau und andere monopolartige Schlüsselunternehmungen unseres Wirtschaftslebens müssen klar der Staatsgewalt unterworfen werden.

Wir bejahen das Privateigentum, das die Entfaltung der Persönlichkeit sichert, aber an die Verantwortung für die Allgemeinheit gebunden bleibt.

Industrie, Handel und Gewerbe sind zu entscheidender Mitarbeit am Wiederaufbau berufen und deshalb planmäßig zu fördern. Wir fordern vollen Schutz und Ausbaumöglichkeit für das selbständige Handwerk, das nach Zerstörung vieler industrieller Unternehmungen vor einer neuen, großen Aufgabe steht.

Eine umfassende ländliche und gärtnerische Siedlung muß unter weitgehender Heranziehung des Großgrundbesitzes einer möglichst

großen Zahl von Deutschen den Zugang zu eigener Scholle und zu selbständiger Arbeit eröffnen. Die wirtschaftliche Sicherung eines freischaffenden Bauerntums und die Ansiedlung der Landarbeiter sind ein unerlässlicher Bestandteil jeder dauerhaften Aufbaupolitik und verlangen den stärksten Ausbau des ländlichen Genossenschaftswesens.

Den christlichen und demokratischen Lebensgesetzen in Staat und Gesellschaft entspricht der freie Zusammenschluß aller Schaffenden. Wir begrüßen daher die einheitliche Gewerkschaftsbewegung der Arbeiter und Angestellten zur Wahrung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Rechte. Wir erkennen die Kraft an, die von der Arbeiterschaft in das Volksganze einströmt.

Wir sind uns der Verantwortung für die Notleidenden und Schwachen, für die Kriegsgesopfer, die Opfer des Hitlerterrors und für die Versorgungsberechtigten bewußt.

Eine charitative Arbeit muß sich ungehindert entfalten können. Wir sagen den Müttern und berufstätigen Frauen, daß alles geschehen wird, um das stille Heldentum ihres immer schwerer gewordenen Alltags schnell zu erleichtern. Für die Beziehungen zu anderen Völkern wünschen wir die Geltung der gleichen Grundsätze der Freiheit und Gerechtigkeit wie für unser persönliches und innerstaatliches Leben. Loyale Erfüllung unserer Verpflichtungen aus dem verlorenen Krieg und die äußerste Anspannung innerer Wiedergesundung sollen die Grundlagen für die Anbahnung einer vertrauensvollen Zusammenarbeit mit den anderen Völkern geben. Wir hoffen dabei auf das Verständnis der Besatzungsmächte für die grenzenlose Notlage des deutschen Volkes und auf ihre sachliche Hilfe, die deutsche Wirtschaft wieder in Gang zu bringen.

Erschüttert stehen wir an den frischen Gräbern unserer Toten. Wir vergessen unsere Kriegsgefangenen nicht. Auf den Trümmern unserer Häuser, unserer Dörfer und Städte gedenken wir in menschlicher und christlicher Verbundenheit der gleichen Opfer der Völker um uns. Und wir geloben, alles bis zum letzten auszutilgen, was dieses ungeheure Blutopfer und dieses namenlose Elend verschuldet hat,

und nichts zu unterlassen, was die Menschheit künftig vor einer solchen Katastrophe bewahrt.

Deutsche Männer und Frauen! Wir rufen euch auf, alles Trennende zurücktreten zu lassen. Folgt unserem Ruf zu einer großen Partei, die mit den anderen Parteien der neuen Demokratie gemeinsam am Aufbau Deutschlands arbeiten will.

Wir rufen die Jugend, die durch den Krieg und Zusammenbruch schwer getroffen, vor allem zur Gestaltung der Zukunft mitverpflichtet ist.

Wir rufen die Frauen und Mütter, deren leidgeprüfte Kraft für die Rettung unseres Volkes nicht entbehrt worden kann.

Wir rufen alle, die sich zu uns und unserem Aufbauwillen bekennen. Voll Gottvertrauen wollen wir unseren Kindern und Enkeln eine glückliche Zukunft erschließen.

Berlin, den 26. Juni 1945.

Andreas Hermes	Heinrich Krone
Heinrich F. Albert	Ernst Lemmer
Hans von Arnim	Otto Lenz
Eduard Bernoth	Hans Lukaschek
Theodor Bohner	Reinhard Moeller
Emil Dovifat	Katharina Müller
Margarete Ehlert	Elfriede Nebgen
Josef Ersing	Otto Nuschke
Johann Eudenbach	Rudolf Pechel
Ferdinand Friedensburg	Eberhard Plewe
Willy Fuchs	Ferdinand Sauerbruch
Otto-Heinrich von der Gablentz	Walter Schreiber
Wilhelm Happ	Martin Schwab
Peter Hensen	Hildegard Stachle
Artur Herzog	Theodor Steltzer
Ernst Hülse	Heinrich Vockel
Paulus van Husen	Graf York von Wartenburg
Jakob Kaiser	

AUFRUF
DER SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEI
DEUTSCHLANDS

Arbeiter, Bauern und Bürger!
Männer und Frauen!
Deutsche Jugend!

Der Nazifaschismus ist in einem grausigen Abgrund der Vernichtung versunken! Er hat das deutsche Volk in tiefster seelischer Qual, in einer unvorstellbaren Not zurückgelassen! Das Gefühl für Rechtlichkeit ist gelähmt! Die nackte Not grinst dem Volke aus den Ruinen vernichteter Wohnungen und geborstener Fabriken entgegen. Hitlers Cäsarenwahnsinn ist durch die siegreichen verbündeten Armeen ausgemerzt und damit die militaristische Raubgier des deutschen Imperialismus für alle Zeiten vernichtet.

Das deutsche Volk muß die Kosten der faschistischen Hochstapolei bezahlen! Ehrlose Hasardeure und wahnwitzige Machtpolitikaster haben den Namen des deutschen Volkes in der ganzen Welt geschändet und entehrt.

Schweigend und voll Ergriffenheit senken wir unsere Fahnen vor unserem Johannes Stelling, Rudolf Breitscheid, Julius Leber, Wilhelm Leuschner und vor den tausendfachen Opfern aus allen Parteien, Konfessionen und Gesellschaftsschichten des deutschen Volkes, die der blutgierige Faschismus verschlungen hat. Aber all diese Opfer an Gesundheit und Blut, Hab und Gut in der illegalen Arbeit haben es leider nicht vermocht, die satanische Organisation der Unterdrückung zu beseitigen.

Das deutsche Volk wird nicht verzweifeln! Sein Lebenswille wird stärker sein als sein Unglück! Mit seinen letzten Kräften wird es sich aufraffen, denn es will, wird und muß weiterleben!

Die Geschichte erteilt dem deutschen Volk die ehrene Lehre, sich auf seinem dornenvollen Opfergang, trotz Hunger und Elend, durch unermüdliche Arbeit und eisernen Willen die Achtung aller friedlichen, freiheitliebenden Völker zu erwerben.

Niemals und von niemandem soll das deutsche Volk je wieder als vertrauensseliges Opfer gewissenloser politischer Abenteurer mißbraucht werden. Der politische Weg des deutschen Volkes in eine bessere Zukunft ist damit klar vorgezeichnet: Demokratie in Staat und Gemeinde, Sozialismus in Wirtschaft und Gesellschaft!

Wir sind bereit und entschlossen, hierbei mit allen gleichgesinnten Menschen und Parteien zusammen zu arbeiten. Wir begrüßen daher auf das wärmste den Aufruf des Zentral-Komitees der Kommunistischen Partei Deutschlands vom 11. Juni 1945, der zutreffend davon ausgeht, daß der Weg für den Neubau Deutschlands von den gegenwärtigen Entwicklungsbedingungen Deutschlands abhängig ist, und daß die entscheidenden Interessen des deutschen Volkes in der gegenwärtigen Lage die Aufrichtung eines antifaschistischen demokratischen Regimes und einer parlamentarisch-demokratischen Republik mit allen demokratischen Rechten und Freiheiten für das Volk erfordern.

In dieser entscheidenden Stunde ist es wiederum die geschichtliche Aufgabe der deutschen Arbeiterklasse, Trägerin des Staatsgedankens zu sein: einer neuen antifaschistisch-demokratischen Republik! Jedes eigensüchtige Parteiengezänk, wie es das politische Schlachtfeld der Weimarer Republik erfüllte, muß im Keime erstickt werden. In einer antifaschistisch-demokratischen Republik können demokratische Freiheiten nur denen gewährt werden, die sie vorbehaltlos anerkennen. Demokratische Freiheiten sind aber denen zu versagen, die sie nur nutzen wollen, um die Demokratie zu schmähen und zu zerschlagen.

Das elementarste Lebensgesetz des neuen Staates verlangt die völlige Beseitigung aller Reste der faschistischen Gewaltherrschaft.

Ebenso muß der Militarismus aus den Köpfen und Herzen getilgt werden. Die durch den Faschismus geistig entwurzelte Jugend muß wieder zu freien und kritisch denkenden Menschen erzogen werden.

Der neue Staat muß wieder gutmachen, was an den Opfern des Faschismus gesündigt wurde, er muß wieder gutmachen, was faschistische Raubgier an den Völkern Europas verbochen hat. Dieser Staat muß zuerst und vor allem dem deutschen Volk die wirtschaftliche und moralische Kraft geben, diese übermenschliche Aufgabe zu erfüllen.

Deshalb fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands:

1. Restlose Vernichtung aller Spuren des Hitlerregimes in Gesetzgebung, Rechtsprechung und Verwaltung. Einen sauberen Staat der Rechtlichkeit und Gerechtigkeit. Haftpflicht der Mitglieder der NSDAP und ihrer Gliederungen für die durch das Naziregime verursachten Schäden.
2. Sicherung der Ernährung. Bereitstellung von Arbeitskräften und genossenschaftlicher Zusammenschluß in der Landwirtschaft. Verbreiterung der Fettgrundlage durch Einfuhr von Rohstoffen, Futtermitteln und Vieh. Förderung der Verbrauchergenossenschaften und Neuregelung des Kleinhandels.
3. Sicherung des lebensnotwendigen Bedarfs der breiten Volksmassen an Wohnung, Kleidung und Heizung mit Hilfe der kommunalen Selbstverwaltung.
4. Wiederaufbau der Wirtschaft unter Mitwirkung der kommunalen Selbstverwaltung und der Gewerkschaften. Beschleunigte Wiederherstellung der Verkehrsmittel. Beschaffung von Rohstoffen. Beseitigung aller Hemmungen der privaten Unternehmerinitiative unter Wahrung der sozialen Interessen. Beseitigung der nazistischen Überorganisation in der Wirtschaft. Klarer und einfacher Neuaufbau ehrenamtlich verwalteter Wirtschaftsverbände. Neuaufbau des Geldwesens. Sicherung der Währung. Kommunale Kredite für Industrie, Handwerk und Handel. Belebung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs. Vereinfachung des Steuerwesens durch straffste

Zusammenfassung der Steuerarten. Stärkere Berücksichtigung der sozialen Lage bei der Bemessung der Steuern.

5. Volkstümlicher Kulturaufbau. Erziehung der Jugend im demokratischen, sozialistischen Geiste. Förderung von Kunst und Wissenschaft.
6. Neuregelung des Sozialrechtes. Freiheitliche und demokratische Gestaltung des Arbeitsrechtes. Einbau der Betriebsräte in die Wirtschaft. Mitwirkung der Gewerkschaften und Verbrauchergenossenschaften bei den Organisationen der Wirtschaft. Ausbau der Sozialversicherung zur Sozialversorgung für Kranke, Wöchnerinnen und Mütter, Invalide und Unfallverletzte, Witwen, Waisen; Kriegsverwehrte und Arbeitslose. Einbeziehung aller arbeitenden Menschen in die Sozialversorgung.
7. Förderung der Wohnungsfürsorge und des Siedlungswesens. Kommunale Wohnungsaufsicht. Anpassung der Mieten und Hypotheken an die durch die Kriegsfolge geschaffene Wirtschaftslage. Aufteilung des Großgrundbesitzes zur Beschaffung von Grund und Boden für umsiedlungsberoitete Großstädter. Verpflanzung von mittel- und kleinindustriellen Betrieben in wirtschaftlich günstig gelegene Landbezirke.
8. Verstaatlichung der Banken, Versicherungsunternehmungen und der Bodenschätze. Verstaatlichung der Bergwerke und der Energiewirtschaft. Erfassung des Großgrundbesitzes und der lebensfähigen Großindustrie und aller Kriegsgewinne für die Zwecke des Wiederaufbaus. Beseitigung des arbeitslosen Einkommens aus Grund und Boden und Mietshäusern. Scharfe Begrenzung der Verzinsung aus mobilem Kapital. Verpflichtung der Unternehmer zur treuhänderischen Leitung der ihnen von der deutschen Volkswirtschaft anvertrauten Betriebe. Beschränkung des Erbrechtes auf die unmittelbaren Verwandten.
9. Anpassung des Rechtes an die antifaschistisch-demokratische Staatsauffassung. Staatlicher Schutz der Person. Freiheit der Meinungsäußerung in Wort, Bild und Schrift unter Wahrung der Interessen

des Staates und der Achtung des einzelnen Staatsbürgers. Gesinnungsfreiheit und Religionsfreiheit. Strafrechtlicher Schutz gegen Rassenverhetzung.

Unser armes und gequältes Volk muß durch die Schuld Hitlers durch unsägliches Elend und ein tiefes Tal des Leidens gehen! Wir wollen mithelfen, es wieder emporzuführen zu den Höhen einer menschenwürdigen Kultur, zu der Freundschaft mit allen Völkern der Welt.

Wir wollen vor allem den Kampf um die Neugestaltung auf dem Boden der organisatorischen Einheit der deutschen Arbeiterklasse führen! Wir sehen darin eine moralische Wiedergutmachung politischer Fehler der Vergangenheit, um der jungen Generation eine einheitliche politische Kampforganisation in die Hand zu geben. Die Fahne der Einheit muß als leuchtendes Symbol in der politischen Aktion des werktätigen Volkes vorangetragen werden! Wir bieten unsere Bruderhand allen, deren Losung ist: Kampf gegen den Faschismus, für die Freiheit des Volkes, für Demokratie, für Sozialismus!

Darum rufen wir alle unsere Freunde, Genossinnen und Genossen in Stadt und Land auf, mit der alten Hingabe und neuem Mut sofort mit dem Aufbau der Organisation zu beginnen.

Vorwärts! An die Arbeit!

Berlin, den 15. Juni 1945.

ZENTRALAUSSCHUSS DER SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS

Max Fechner
Erich W. Gniffke
Otto Grotewohl
Gustav Dahrendorf
Karl Germer
Bernhard Göring
Hermann Harnisch

Helmuth Lehmann
Karl Litke
Otto Meier
Fritz Neuhecker
Josef Orlopp
Hermann Schlimme
Richard Weimann

AUFRUF DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS

Schaffendes Volk in Stadt und Land!

Männer und Frauen!

Deutsche Jugend!

Wohin wir blicken, Ruinen, Schutt und Asche. Unsere Städte sind zerstört, weite, ehemals fruchtbare Gebiete verwüstet und verlassen. Die Wirtschaft ist desorganisiert und völlig gelähmt. Millionen und aber Millionen Menschenopfer hat der Krieg verschlungen, den das Hitlerregime verschuldete. Millionen wurden in tiefste Not und größtes Elend gestoßen.

Eine Katastrophe unvorstellbaren Ausmaßes ist über Deutschland hereingebrochen, und aus den Ruinen schaut das Gespenst der Obdachlosigkeit, der Seuchen, der Arbeitslosigkeit, des Hungers.

Und wer trägt daran die Schuld?

Die Schuld und Verantwortung tragen die gewissenlosen Abenteuerer und Verbrecher, die die Schuld am Kriege tragen. Es sind die Hitler und Göring, Himmler und Goebbels, die aktiven Anhänger und Helfer der Nazipartei. Es sind die Träger des reaktionären Militarismus, die Keitel, Jodl und Konsorten. Es sind die imperialistischen Auftraggeber der Nazipartei, die Herren der Großbanken und Konzerne, die Krupp und Röchling, Poensgen und Siemens.

Eindeutig ist diese Schuld. Sie wurde von den Naziführern selbst offen bekannt, als sie auf der Höhe ihrer trügerischen Triumphe standen, als ihnen Sieg und Beute gesichert erschienen.

Euch allen, ihr Männer und Frauen des schaffenden Volkes, euch Soldaten und Offizieren klingen noch die Worte in den Ohren: „Das ist für uns der Sinn des Krieges: Wir kämpfen nicht um Ideale; wir

kämpfen um die ukrainischen Weizenfelder, um das kaukasische Erdöl, den Reichtum der Welt. Gesundstoßen wollen wir uns!“

Dafür wurde das nationale Dasein unseres Volkes aufs Spiel gesetzt. Der totale Krieg Hitlers — das war der ungerechteste, wildeste und verbrecherischste Raubkrieg aller Zeiten!

Das Hitlerregime hat sich als Verderben für Deutschland erwiesen: denn durch seine Politik der Aggression und der Gewalt, des Raubes und des Krieges, der Völkervernichtung hat Hitler unser eigenes Volk ins Unglück gestürzt und es vor der gesamten gesitteten Menschheit mit schwerer Schuld und Verantwortung beladen.

Ein Verbrechen war die gewaltsame Annexion Österreichs, die Zerstückelung der Tschechoslowakei. Ein Verbrechen war die Eroberung und Unterdrückung Polens, Dänemarks, Norwegens, Belgiens, Hollands und Frankreichs, Jugoslawiens und Griechenlands. Ein Verbrechen, das sich so furchtbar an uns selbst rächte, war die Coventrierung und Ausradierung englischer Städte. Das größte und verhängnisvollste Kriegsverbrechen Hitlers aber war der heimtückische, wortbrüchige Überfall auf die Sowjetunion, die nie einen Krieg mit Deutschland gewollt hat, aber seit 1917 dem deutschen Volke zahlreiche Beweise ehrlicher Freundschaft erbracht hat. Deutsche Arbeiter! Konnte es ein größeres Verbrechen als diesen Krieg gegen die Sowjetunion geben? Und ungeheuerlich sind die Greuelthaten, die von den Hitlerbanditen in fremden Ländern begangen wurden. An den Händen der Hitlerdeutschen klobt das Blut von vielen, vielen Millionen gemordeter Kinder, Frauen und Greise. In den Todeslagern wurde die Menschenvernichtung Tag für Tag fabrikmäßig in Gaskammern und Verbrennungsofen betrieben. Bei lebendigem Leibe verbrannt, bei lebendigem Leibe verscharrt, bei lebendigem Leibe in Stücke geteilt — so haben die Nazibanditen gehaust! Millionen Kriegsgefangene und nach Deutschland verschleppte ausländische Arbeiter wurden zu Tode geschunden, starben an Hunger, Kälte und Seuchen.

Die Welt ist erschüttert und zugleich von tiefstem Haß gegenüber Deutschland erfüllt angesichts dieser beispiellosen Verbrechen, dieses

grauenregenden Massenmordens, das von Hitlerdeutschland als System betrieben wurde. Wäre gleiches mit gleichem vergolten worden, deutsches Volk, was wäre mit dir geschehen?

Aber auf der Seite der Vereinten Nationen, mit der Sowjetunion, England und den Vereinigten Staaten an der Spitze, stand die Sache der Gerechtigkeit, der Freiheit und des Fortschritts. Die Rote Armee und die Armeen ihrer Verbündeten haben durch ihre Opfer die Sache der Menschheit vor der Hitlerbarbarei gerettet. Sie haben die Hitlerarmeen zerschlagen, den Hitlerstaat zertrümmert und damit auch dir, schaffendes deutsches Volk, Frieden und Befreiung aus den Ketten der Hitlersklaverei gebracht.

Um so mehr muß in jedem deutschen Menschen das Bewußtsein und die Scham brennen, daß das deutsche Volk einen bedeutenden Teil Mitschuld und Mitverantwortung für den Krieg und seine Folgen trägt. Nicht nur Hitler ist schuld an den Verbrechen, die an der Menschheit begangen wurden! Ihr Teil Schuld tragen auch die zehn Millionen Deutsche, die 1932 bei freien Wahlen für Hitler stimmten, obwohl wir Kommunisten warnten: „Wer Hitler wählt, wählt den Krieg!“ Ihr Teil Schuld tragen alle jene deutschen Männer und Frauen, die willenlos und widerstandslos zusahen, wie Hitler die Macht an sich riß, wie er alle demokratischen Organisationen, vor allem die Arbeiterorganisationen, zerschlug und die besten Deutschen einsperren, martorn und köpfen ließ. Schuld tragen alle jene Deutschen, die in der Aufrüstung die „Größe Deutschlands“ sahen und im wilden Militarismus, im Marschieren und Exerzieren das allein seligmachende Heil der Nation erblickten. Unser Unglück war, daß Millionen und aber Millionen Deutsche der Nazidemagogie verfielen, daß das Gift der tierischen Rassenlehre, des „Kampfes um Lebensraum“ den Organismus des Volkes verseuchen konnte. Unser Unglück war, daß breite Bevölkerungsschichten das elementare Gefühl für Anstand und Gerechtigkeit verloren und Hitler folgten, als er ihnen einen gutgedeckten Mittag- und Abendbrottisch auf Kosten anderer Völker durch Krieg und Raub versprach.

So wurde das deutsche Volk zum Werkzeug Hitlers und seiner imperialistischen Auftraggeber. Deutsche Arbeiter und Arbeiterinnen! Deutsche Arbeiterjugend! Schaffendes deutsches Volk!

Gegen den Willen eines geeinten und kampfbereiten Volkes hätte Hitler niemals die Macht ergreifen, sie festigen und seinen verbrecherischen Krieg führen können. Wir deutschen Kommunisten erklären, daß auch wir uns schuldig fühlen, indem wir es trotz der Blutopfer unserer besten Kämpfer infolge einer Reihe unserer Fehler nicht vermocht haben, die antifaschistische Einheit der Arbeiter, Bauern und Intelligenz entgegen allen Widersachern zu schmieden, im werktätigen Volk die Kräfte für den Sturz Hitlers zu sammeln, in den erfolgreichen Kampf zu führen und jene Lage zu vermeiden, in der das deutsche Volk geschichtlich versagte.

Nach all dem Leid und Unglück, der Schmach und Schande, nach der dunkelsten Ära deutscher Geschichte, heute, am Ende des „Dritten Reiches“, wird uns auch der sozialdemokratische Arbeiter recht geben, daß sich die faschistische Pest in Deutschland nur ausbreiten konnte, weil 1918 die Kriegsschuldigen und Kriegsverbrecher ungestraft blieben, weil nicht der Kampf um eine wirkliche Demokratie geführt wurde, weil die Weimarer Republik der Reaktion freies Spiel gewährte, weil die Antisowjethetze einiger demokratischer Führer Hitler den Weg ebnete und die Ablehnung der antifaschistischen Einheitsfront die Kraft des Volkes lähmte.

Daher fordern wir: Keine Wiederholung der Fehler von 1918! Schluß mit der Spaltung des schaffenden Volkes! Keinerlei Nachsicht gegenüber dem Nazismus und der Reaktion. Nie wieder Hetze und Feindschaft gegenüber der Sowjetunion; denn wo diese Hetze auftaucht, da erhebt die imperialistische Reaktion ihr Haupt!

Die Kommunistische Partei Deutschlands war und ist die Partei des entschiedenen Kampfes gegen Militarismus, Imperialismus und imperialistischen Krieg. Sie ist nie von diesem Wege abgewichen. Sie hat die Fahne Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs, Ernst Thälmanns und Jonny Schehrs stets reingehalten. Mit Stolz blicken wir Kommunisten auf diesen Kampf zurück, in dem unsere besten und

treuesten Genossen fielen. Rechtzeitig und eindringlich haben wir gewarnt, der imperialistische Weg, der Weg des Hitlerfaschismus führt Deutschland unvermeidlich in die Katastrophe.

Im Januar 1933 forderte die Kommunistische Partei zum einmütigen Generalstreik auf, um den Machtantritt Hitlers zu verhindern. Im Juni 1933 haben wir gewarnt: „Der Krieg steht vor der Tür! Hitler treibt Deutschland in die Katastrophe!“ Im Januar 1939 hat die Berner Konferenz der KPD dem deutschen Volk zugerufen: „Im Osten wie im Westen schafft das Hitlerregime eine Lage, wo über Nacht das deutsche Volk in die Katastrophe des Krieges gestürzt werden kann — eines Krieges gegen die gewaltige Front aller von Hitler und der Kriegsmaschine bedrohten und angegriffenen Völker.“ Im Oktober 1941, als Hitler prahlerisch verkündete, Sowjetrußland sei endgültig zu Boden geworfen und werde sich niemals mehr erheben, da erklärte das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands in einem Aufruf an das deutsche Volk und an das deutsche Heer: „Dieser Krieg ist ein für das deutsche Volk hoffnungsloser Krieg. Hitlers Niederlage ist unvermeidlich. Die einzige Rettung für das deutsche Volk besteht darin, mit dem Kriege Schluß zu machen. Um aber mit dem Kriege Schluß zu machen, muß Hitler gestürzt werden. Und wehe unserem Volk, wenn es sein Schicksal bis zuletzt an Hitler bindet!“

Jetzt gilt es, gründlich und für immer die Lehren aus der Vergangenheit zu ziehen. Ein ganz neuer Weg muß beschritten werden! Werde sich jeder Deutsche bewußt, daß der Weg, den unser Volk bisher ging, ein falscher Weg, ein Irrweg war, der in Schuld und Schande, Krieg und Verderben führte. Nicht nur der Schutt der zerstörten Städte, auch der reaktionäre Schutt aus der Vergangenheit muß gründlich hinweggeräumt werden. Möge der Neubau Deutschlands auf solider Grundlage erfolgen, damit eine dritte Wiederholung der imperialistischen Katastrophenpolitik unmöglich wird. Mit der Vernichtung des Hitlerismus gilt es gleichzeitig, die Sache der Demokratisierung Deutschlands, die Sache der bürgerlich-demokratischen Umbildung, die 1848 begonnen wurde, zu Ende zu führen, die feudalen Überreste völlig zu beseitigen und den reaktionären altpreußischen Militarismus mit allen

seinen ökonomischen und politischen Ablegern zu vernichten. Wir sind der Auffassung, daß der Weg, Deutschland das Sowjetsystem aufzuzwingen, falsch wäre, denn dieser Weg entspricht nicht den gegenwärtigen Entwicklungsbedingungen in Deutschland. Wir sind vielmehr der Auffassung, daß die entscheidenden Interessen des deutschen Volkes in der gegenwärtigen Lage für Deutschland einen anderen Weg vorschreiben, und zwar den Weg der Aufrichtung eines antifaschistischen, demokratischen Regimes, einer parlamentarisch-demokratischen Republik mit allen demokratischen Rechten und Freiheiten für das Volk. An der gegenwärtigen historischen Wende rufen wir Kommunisten alle Werktätigen, alle demokratischen und fortschrittlichen Kräfte des Volkes zu diesem großen Kampf für die demokratische Erneuerung Deutschlands, für die Wiedergeburt unseres Landes auf!

Die unmittelbarsten und dringendsten Aufgaben auf diesem Wege sind gegenwärtig vor allem:

1. Vollständige Liquidierung der Überreste des Hitlerregimes und der Hitlerpartei. Mithilfe aller ehrlichen Deutschen bei der Aufspürung der versteckten Naziführer, Gestapoagenten und SS-Banden. Restlose Säuberung aller öffentlichen Ämter von den aktiven Nazisten. Außer der Bestrafung der großen Kriegsverbrecher, die vor den Gerichten der Vereinten Nationen stehen werden, strengste Bestrafung durch deutsche Gerichte aller jener Nazis, die sich krimineller Verbrechen und der Teilnahme an Hitlers Volksverrat schuldig gemacht haben. Schnellste und härteste Maßnahmen gegen alle Versuche, die verbrecherische nazistische Tätigkeit illegal fortzusetzen, gegen alle Versuche, die Herstellung der Ruhe und Ordnung und eines normalen Lebens der Bevölkerung zu stören.
2. Kampf gegen Hunger, Arbeitslosigkeit und Obdachlosigkeit. Allseitige aktive Unterstützung der Selbstverwaltungsorgane in ihrem Bestreben, rasch ein normales Leben zu sichern und die Erzeugung wieder in Gang zu bringen. Völlig ungehinderte Entfaltung des freien Handels und der privaten Unternehmerinitiative auf der Grundlage des Privateigentums. Wirkungsvolle Maßnahmen zum Wiederaufbau der zerstörten Schulen, Wohn- und Arbeitsstätten.

Strenge Sparsamkeit in der Verwaltung und bei allen öffentlichen Ausgaben. Umbau des Steuerwesens nach dem Grundsatz der progressiven Steigerung, Sicherung der restlosen Ernteeinbringung auf dem Wege breiter Arbeitshilfe für die Bauern, gerechte Verteilung der Lebensmittel und der wichtigsten Verbrauchsgüter; energischer Kampf gegen die Spekulation.

3. Herstellung der demokratischen Rechte und Freiheiten des Volkes. Wiederherstellung der Legalität freier Gewerkschaften der Arbeiter, Angestellten und Beamten sowie der antifaschistischen demokratischen Parteien. Umbau des Gerichtswesens gemäß den neuen demokratischen Lebensformen des Volkes. Gleichheit aller Bürger ohne Unterschied der Rasse vor dem Gesetz und strengste Bestrafung aller Äußerungen des Rassenhasses. Säuberung des gesamten Erziehungs- und Bildungswesens von dem faschistischen und reaktionären Unrat. Pflege eines wahrhaft demokratischen, fortschrittlichen und freieidlichen Geistes in allen Schulen und Lehranstalten. Systematische Aufklärung über den barbarischen Charakter der Nazi-Rassentheorie, über die Verlogenheit der „Lehre vom Lebensraum“, über die katastrophalen Folgen der Hitlerpolitik für das deutsche Volk. Freiheit der wissenschaftlichen Forschung und künstlerischen Gestaltung.
4. Wiederaufrichtung der auf demokratischer Grundlage beruhenden Selbstverwaltungsorgane in den Gemeinden, Kreisen und Bezirken sowie der Provinzial- bzw. Landesverwaltungen und der entsprechenden Landtage.
5. Schutz der Werktätigen gegen Unternehmerwillkür und unbotmäßige Ausbeutung. Freie demokratische Wahlen der Betriebsvertretungen der Arbeiter, Angestellten und Beamten in allen Betrieben, Büros und bei allen Behörden. Tarifliche Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Öffentliche Hilfsmaßnahmen für die Opfer des faschistischen Terrors, für Waisenkinder, Invaliden und Kranke. Besonderer Schutz den Müttern.
6. Enteignung des gesamten Vermögens der Nazibonzen und Kriegsverbrecher. Übergabe dieses Vermögens in die Hände des Volkes

zur Verfügung der kommunalen oder provinziellen Selbstverwaltungsorgane.

7. Liquidierung des Großgrundbesitzes, der großen Güter der Junker, Grafen und Fürsten und Übergabe ihres ganzen Grund und Bodens sowie des lebenden und toten Inventars an die Provinzial- bzw. Landesverwaltungen zur Zuteilung an die durch den Krieg ruinierten und besitzlos gewordenen Bauern. Es ist selbstverständlich, daß diese Maßnahmen in keiner Weise den Grundbesitz und die Wirtschaft der Großbauern berühren werden.
8. Übergabe aller jener Betriebe, die lebenswichtigen öffentlichen Bedürfnissen dienen (Verkehrsbetriebe, Wasser-, Gas- und Elektrizitätswerke usw.) sowie jener Betriebe, die von ihren Besitzern verlassen wurden, in die Hände der Selbstverwaltungsorgane der Gemeinden oder Provinzen bzw. Länder.
9. Friedliches und gutnachbarliches Zusammenleben mit den anderen Völkern. Entschiedener Bruch mit der Politik der Aggression und der Gewalt gegenüber anderen Völkern, der Politik der Eroberung und des Raubes.
10. Anerkennung der Pflicht zur Wiedergutmachung für die durch die Hitleraggression den andern Völkern zugefügten Schäden. Gerechte Verteilung der sich daraus ergebenden Lasten auf die verschiedenen Schichten der Bevölkerung nach dem Grundsatz, daß die Reicheren auch eine größere Last tragen.

Werkstätige in Stadt und Land! Das sind die ersten und dringendsten Aufgaben zum Wiederaufbau Deutschlands, zur Neugeburt unseres Volkes. Diese Aufgaben können nur durch die feste Einheit aller antifaschistischen, demokratischen und fortschrittlichen Volkskräfte verwirklicht werden.

Erfüllt von der Erkenntnis des Ausmaßes der Katastrophe und den verhängnisvollen Folgen der bisherigen Spaltung des Volkes gegenüber Nazismus und Reaktion, bricht sich in Stadt und Land immer stärker der Drang zur Einheit Bahn. In Übereinstimmung mit diesem Willen des Volkes darf den Spaltern und Saboteuren der Einheit kein Zoll Raum für ihr verräterisches Werk gegeben werden.

Notwendig ist die Schaffung einer festen Einheit der Demokratie für die endgültige Liquidierung des Nazismus und zum Aufbau eines neuen demokratischen Deutschlands!

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands ist der Auffassung, daß das vorstehende Aktionsprogramm als Grundlage zur Schaffung eines Blocks der antifaschistischen demokratischen Parteien (der Kommunistischen Partei, der Sozialdemokratischen Partei, der Zentrumsparterie und anderer) dienen kann. Wir sind der Auffassung, daß ein solcher Block die feste Grundlage im Kampf für die völlige Liquidierung der Überreste des Hitlerregimes und für die Aufrichtung eines demokratischen Regimes bilden kann.

Ein neues Blatt in der Geschichte des deutschen Volkes wird aufgeschlagen. Aus den Lehren des Niederbruchs Deutschlands bahnen sich im Volke neue Erkenntnisse den Weg.

Wir erklären: Feste Einheit, entschlossener Kampf und beharrliche Arbeit bilden die Garantien des Erfolges unserer gerechten Sache! Fester den Tritt gefaßt! Höher das Haupt erhoben! Mit aller Kraft ans Werk! Dann wird aus Not und Tod, Ruinen und Schmach die Freiheit des Volkes und ein neues, würdiges Leben erstehen.

Berlin, den 11. Juni 1945.

ZENTRALKOMITEE DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS

Im Auftrage:

Wilhelm Pieck
Walter Ulbricht
Franz Dählem
Anton Ackermann
Gustav Sobotka
Ottomar Geschke
Johannes R. Becher
Edwin Hörnle

Hans Jendretzky
Michel Niederkirchner
Hermann Matern
Irene Gärtner
Bernhard Koenen
Martha Arendsee
Otto Winzer
Hans Mahle

VEREINBARUNG
DES ZENTRAKKOMITEES DER KOMMUNISTISCHEN
und des
ZENTRALAUSSCHUSSES DER SOZIALDEMOKRATISCHEN
PARTEI DEUTSCHLANDS

Am 19. Juni fand in Berlin die erste gemeinsame Sitzung der Vertreter der Sozialdemokratischen und der Kommunistischen Partei Deutschlands statt. Als Vertreter des Zentralkomitees der Sozialdemokratischen Partei waren die Genossen Erich Gniffke, Otto Grotewohl, Gustav Dahrendorf, Helmuth Lehmann und Otto Meier, vom Zentralkomitee der Kommunistischen Partei die Genossen Walter Ulbricht, Anton Ackermann, Ottomar Geschke, Hans Jendretzki und Otto Winzer anwesend.

Die Aussprache war von dem festen Willen zur aufrichtigen Zusammenarbeit beider Parteien getragen. Sie verlief im Geiste gegenseitigen Vertrauens. Unter Achtung der demokratischen Grundsätze wurden folgende Vereinbarungen getroffen:

Es wird ein gemeinsamer Arbeitsausschuß, bestehend aus je fünf Vertretern der beiden Zentralstellen, gebildet. Dieser Ausschuß, der ein Ausdruck der Aktionseinheit der Kommunistischen und der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands ist, stellt sich folgende Aufgaben:

1. Enge Zusammenarbeit bei der Durchführung der gemeinsam beschlossenen dringlichen Aktionsaufgaben zur Liquidierung der Überreste des Nazismus und zum Wiederaufbau des Landes auf sicherer Grundlage. Als Voraussetzung hierfür wird der Aufbau einer antifaschistischen, demokratisch-parlamentarischen Republik

betrachtet, die die Fehler und Schwächen der Vergangenheit vermeidet und dem schaffenden Volk alle demokratischen Rechte und Freiheiten sichert.

2. Es sind alle notwendigen Schritte zu unternehmen, um mit allen anderen antifaschistischen demokratischen Parteien Vereinbarungen über die Bildung eines festen Blockes zu treffen.
3. Gemeinsame Vertretung der Interessen des schaffenden Volkes in Stadt und Land.
4. Durchführung gemeinsamer Veranstaltungen beider Parteien.
5. Gemeinsame Beratungen zur Klärung ideologischer Fragen.

Die Vertreter beider Parteien drücken ihren festen Willen aus, alles zu tun, um auf dem Wege guter Zusammenarbeit in allen Fragen des antifaschistischen Kampfes und des Wiederaufbaues die Voraussetzungen für die politische Einheit des werktätigen Volkes zu schaffen.

Der gemeinsame Arbeitsausschuß des Zentralkomitees der Sozialdemokratischen und des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands empfiehlt den Organisationen beider Parteien, in allen Bezirken, Kreisen und Orten zusammenzutreten, ebenfalls gemeinsame Arbeitsausschüsse zu schaffen und in gleicher Weise zusammenzuarbeiten, wie das im zentralen Maßstab geschieht.

Berlin, den 19. Juni 1945.

Walter Ulbricht
Anton Ackermann
Ottomar Geschke
Hans Jendretzki
Otto Winzer

Erich Gniffke
Otto Grotewohl
Gustav Dahrendorf
Helmuth Lehmann
Otto Meier

ANTIFASCHISTISCHER BLOCK
EINHEITSFRONT DER ANTIFASCHISTISCH-DEMOKRATISCHEN
PARTEIEN

Am 14. Juli 1945 traten die Vertreter der antifaschistisch-demokratischen Parteien zu einer ersten gemeinsamen Besprechung zusammen.

An der Beratung nahmen teil:

Vom Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands Wilhelm Pieck, Walter Ulbricht, Franz Dahlem, Anton Ackermann, Otto Winzer.

Vom Zentralaussschuß der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands Erich W. Gniffke, Otto Grotewohl, Gustav Dahrendorf, Helmuth Lehmann, Otto Meier.

Vom Vorstand der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands Andreas Hermes, Walter Schreiber, Jakob Kaiser, Theodor Steltzer, Ernst Lemmer.

Vom Vorstand der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands Waldemar Koch, Eugen Schiffer, Wilhelm Külz, Arthur Lieutenant.

In einer vom Willen aufrichtiger Zusammenarbeit getragenen Aussprache wurde festgestellt:

Hitler hat Deutschland in die tiefste Katastrophe seiner Geschichte gestürzt. Die Kriegsschuld Hitler-Deutschlands ist offenkundig. Weite Kreise des deutschen Volkes waren dem Hitlerismus und seiner Ideologie verfallen und haben seinen Eroberungskrieg bis zum furchtbaren Ende unterstützt. Groß war die Zahl jener Deutschen, die willenlos der Hitlerpolitik folgten und sich damit mitschuldig gemacht

haben. So hat Hitler unser ganzes Volk in ein Chaos von Schuld und Schande gestürzt.

Nur durch einen grundlegenden Umschwung im Leben und im Denken unseres ganzen Volkes, nur durch Schaffung einer antifaschistisch-demokratischen Ordnung ist es möglich, die Nation zu retten.

Die Vertreter der vier Parteien beschließen, unter gegenseitiger Anerkennung ihrer Selbständigkeit, die Bildung einer festen Einheitsfront der antifaschistisch-demokratischen Parteien, um mit vereinter Kraft die großen Aufgaben zu lösen. Damit ist ein neues Blatt in der Geschichte Deutschlands aufgeschlagen.

Es wurde ein gemeinsamer Ausschuß gebildet, in den die vier Parteien je fünf Vertreter entsenden. Dieser Ausschuß wird unter wechselndem Vorsitz mindestens zweimal monatlich tagen. Ein Verbindungsbüro wird die gemeinsamen Besprechungen organisieren und für den Austausch des Materials sorgen.

Der gemeinsame Ausschuß stellt sich folgende Hauptaufgaben:

1. Zusammenarbeit im Kampf zur Säuberung Deutschlands von den Überresten des Hitlerismus und für den Aufbau des Landes auf antifaschistisch-demokratischer Grundlage. Kampf gegen das Gift der Naziideologie, wie gegen alle imperialistisch-militaristischen Gedankengänge.
2. Gemeinsame Anstrengungen zu möglichst raschem Wiederaufbau der Wirtschaft, um Arbeit, Brot, Kleidung und Wohnung für die Bevölkerung zu schaffen.
3. Herstellung voller Rechtsicherheit auf der Grundlage eines demokratischen Rechtsstaates.
4. Sicherung der Freiheit des Geistes und des Gewissens sowie der Achtung vor jeder religiösen Überzeugung und sittlichen Weltanschauung.
5. Wiedergewinnung des Vertrauens und Herbeiführung eines auf gegenseitiger Achtung beruhenden Verhältnisses zu allen Völkern. Unterbindung jeder Völkerverhetzung.

Ehrliche Bereitschaft zur Durchführung der Maßnahmen der Besatzungsbehörden und Anerkennung unserer Pflicht zur Wiedergutmachung.

Die Parteien vereinbaren, ein gemeinsames Aktionsprogramm auszuarbeiten.

Den Organisationen der antifaschistisch-demokratischen Parteien in allen Landesteilen, Bezirken, Kreisen und Orten wird empfohlen, sich in gleicher Weise, wie es zentral geschehen ist, zu gemeinsamer Aufbauarbeit zusammenzuschließen.

Berlin, den 14. Juli 1945.

FÜR DIE KOMMUNISTISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS

Wilhelm Pieck, Walter Ulbricht, Franz Dählem,
Anton Ackermann, Otto Winzer.

FÜR DIE SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS

Erich W. Gniffke, Otto Grotewohl, Gustav Dährendorf,
Holmuth Lehmann, Otto Meier.

FÜR DIE CHRISTLICH-DEMOKRATISCHE UNION DEUTSCHLANDS

Andreas Hermes, Walter Schreiber, Jakob Kaiser, Theodor Steltzer,
Ernst Lemmer.

FÜR DIE LIBERAL-DEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS

Waldemar Koch, Eugen Schiffer, Wilhelm Külz, Artur Lieutenant.

STELLUNG DER PARTEIEN ZU DEN WICHTIGSTEN POLITISCHEN FRAGEN

Abkürzungen: Liberal-Demokratische Partei = LDP, Christlich-Demokratische Union = CDU, Sozialdemokratische Partei = SPD, Kommunistische Partei = KPD

Außenpolitik

LDP: „Aufrichtige Mitarbeit an der Festigung des friedlichen Zusammenlebens der Völker und Einreihung Deutschlands in die Familie der Nationen. Wiedergewinnung der Freiheit nach innen und außen unter Ablehnung jeder nationalistischen Überheblichkeit.“

CDU: „Für die Beziehungen zu anderen Völkern wünschen wir die Geltung der gleichen Grundsätze der Freiheit und Gerechtigkeit wie für unser persönliches und innerstaatliches Leben. Loyale Erfüllung unserer Verpflichtungen aus dem verlorenen Krieg und die äußerste Anspannung innerer Wiedergesundung sollen die Grundlagen für die Anbahnung einer vertrauensvollen Zusammenarbeit mit den anderen Völkern geben.“

SPD: „Wir wollen mithelfen, das deutsche Volk zu der Freundschaft mit allen Völkern der Welt emporzuführen.“

KPD: „Friedliches und gutnachbarliches Zusammenleben mit den anderen Völkern. Entschiedener Bruch mit der Politik der Aggression und der Gewalt gegenüber anderen Völkern, der Politik der Eroberung und des Raubes. Anerkennung der Pflicht zur Wiedergutmachung für die durch die Hitleraggression den anderen Völkern zugefügten Schäden.“

Militarismus

LDP: „Beseitigung des Militarismus und Förderung aller Bestrebungen, den Krieg mit seinem Elend und Jammer aus dem Gemeinschaftsleben der Völker zu verbannen, damit das bestimmende ethische Gesetz für sie nicht das Recht der Macht, sondern die Macht des Rechts werde.“

CDU: „Auf den Trümmern unserer Häuser, unserer Dörfer und Städte gedenken wir in menschlicher und christlicher Verbundenheit der gleichen Opfer der Völker um uns. Und wir geloben, alles bis zum letzten auszutilgen, was dieses ungeheure Blutopfer und dieses namenlose Elend verschuldet hat, und nichts zu unterlassen, was die Menschheit künftig vor einer solchen Katastrophe bewahrt.“

SPD: „Ebenso muß der Militarismus aus den Köpfen und Herzen getilgt werden.“

KPD: „Die KPD war und ist die Partei des entschiedenen Kampfes gegen Militarismus, Imperialismus und imperialistischen Krieg. Sie ist nie von diesem Wege abgewichen. Es gilt den reaktionären altpreußischen Militarismus mit allen seinen ökonomischen und politischen Ablegern zu vernichten.“

Parlament

LDP: „Das Gemeinschaftsleben unseres Volkes braucht Willensorgane und Vertretungskörper. Wir erstreben eine Volksvertretung auf der Grundlage des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts.“

CDU: „Die Volksvertretung soll die brüderliche und vertrauensvolle Zusammenarbeit aller die Demokratie bejahenden Parteien und aller aufbauwilligen Kräfte verwirklichen.“

SPD: „Die entscheidenden Interessen des deutschen Volkes in der gegenwärtigen Lage erfordern die Aufrichtung eines antifaschistischen-demokratischen Regimes und einer parlamentarisch-demokratischen Republik mit allen demokratischen Rechten und Freiheiten für das Volk.“

KPD: „Wiederaufrichtung der auf demokratischer Grundlage beruhenden Selbstverwaltungsorgane in den Gemeinden, Kreisen und Bezirken sowie der Provinzial- bzw. Landesverwaltungen und der entsprechenden Landtage.“

Verwaltung

LDP: „Vereinfachung des Staatsapparates.“

CDU: „Das öffentliche Leben muß in strenger Sparsamkeit weitgehend auf Selbstverwaltung, freiwilliger und ehrenamtlicher Mitarbeit aufgebaut werden.“

SPD: „Restlose Vernichtung aller Spuren des Hitlerregimes in der Verwaltung.“

KPD: „Strenge Sparsamkeit in der Verwaltung, Wiederaufrichtung der auf demokratischer Grundlage beruhenden Selbstverwaltungsorgane.“

Beamtentum

LDP: „Wiederherstellung eines unabhängigen, leistungsfähigen Berufsbeamtentums neben dem Ehrenamt.“

Rechtspflege

LDP: „Eine Ordnung des Gemeinschaftslebens ist ohne Rechtsordnung nicht denkbar. Daher Schaffung eines Rechtsstaates,

in dem jeder gegen Gewalt und Unrecht geschützt ist. Ein unabhängiger Richterstand ist das berufene Organ der Rechtswahrung.“

CDU: „Das Recht muß wieder die Grundlage des ganzen öffentlichen Lebens werden. An Stello der Lüge: ‚Recht ist, was dem Volke nutzt‘, muß die ewige Wahrheit treten: ‚Dem Volke nutzt nur, was Recht ist.‘ Die Unabhängigkeit und der geordnete Gang der Rechtspflege sind wiederherzustellen. Der Ruf nach gerechten Richtern geht wie ein einziger Schrei durch das ganze deutsche Volk. Jede Willkür ist auszuschließen. Eine Gestapo mit ihrem Terror darf es nicht wieder geben.“

SPD: „Einen sauberen Staat der Rechtlichkeit und Gerechtigkeit.“

KPD: „Umbau des Gerichtswesens gemäß den neuen demokratischen Lebensformen des Volkes. Gleichheit aller Bürger ohne Unterschied der Rasse vor dem Gesetz.“

Geistesleben

LDP: „Kultureller Wiederaufstieg des deutschen Volkes. Freiheit in Wort und Schrift. Goistige Reinheit ist unerläßliches Kulturgebot.“

CDU: „Wir verlangen goistige Gewissensfreiheit.“

SPD: „Volkstümlicher Kulturaufbau.“

Presse

LDP: „Freiheit in Presse und Rundfunk.“

CDU: „Wir fordern ein öffentliches Leben, das sich frei hält von Lüge, Massenwahn und Massenverhetzung, und eine verantwortungsbewußte Presse mit dem Willen zur Wahrheit als oberstes Gesetz.“

SPD: „Freiheit der Meinungsäußerung in Wort, Bild und Schrift unter Wahrung der Interessen des Staates und der Achtung des einzelnen Staatsbürgers.“

Wissenschaft und Kunst

LDP: „Wissenschaftliche und künstlerische Reinheit sind unerläßliches Kulturgebot.“

CDU: „Wissenschaft und Kunst sollen sich frei entfalten, und die Lehren echter Humanität, deren deutsche Kündler der ganzen Menschheit gehören, sollen den sittlichen Wiederaufbau unseres Volkes tragen helfen.“

SPD: „Förderung von Kunst und Wissenschaft.“

KPD: „Freiheit der wissenschaftlichen Forschung und künstlerischen Gestaltung.“

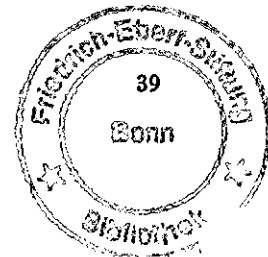
Rassenfrage

LDP: „Achtung vor der Menschenwürde ohne Unterschied von Rasse und Klasse, von Alter und Geschlecht.“

CDU: „Durch die verderblichen Lehren des Rassenhasses und der Völkerverhetzung hat Hitler weite Teile der Jugend vergiftet. Sie muß wieder zur Erkenntnis wahrer sittlicher Werte geführt werden!“

SPD: „Strafrechtlicher Schutz gegen Rassenverhetzung.“

KPD: „Gleichheit aller Bürger ohne Unterschied der Rasse vor dem Gesetz und strengste Bestrafung aller Äußerungen des Rassenhasses.“



Religion und Kirche

LDP: „Freiheit für jedes religiöse Bekenntnis. Achtung und Schutz für alle Stätten der Religionspflege sind uns selbstverständliches Gebot. Staat und Volk haben im Verhältnis zu Kirche und Religion eigene Lebensgesetze.“

CDU: „Wir verlangen geistige und religiöse Gewissensfreiheit, Unabhängigkeit aller kirchlichen Gemeinschaften und eine klare Scheidung der kirchlichen und staatlichen Aufgaben.“

SPD: „Gesinnungsfreiheit und Religionsfreiheit.“

Erziehung und Unterricht

LDP: „Erziehung der Jugend zu Menschen, die durch ihre Persönlichkeit, ihre sittliche Bildung, ihre Berufstüchtigkeit und durch eine für ihr Volk und für die Menschheit aufgeschlossene Gesinnung befähigt sind zum Dienst an Vaterland und Menschheit. Erneuerung des Unterrichtswesens, insbesondere auch der Hochschulen mit dem Ziele des ungehinderten Aufstiegs der Tüchtigen aus allen Schichten des Volkes.“

CDU: „Das Recht der Eltern auf die Erziehung der Kinder muß gewahrt werden, die Jugend in Ehrfurcht vor Gott, vor Alter und Erfahrung erzogen werden. Der von der Kirche geleitete Religionsunterricht ist Bestandteil der Erziehung.“

SPD: „Erziehung der Jugend im demokratischen, sozialistischen Geiste.“

KPD: „Säuberung des gesamten Erziehungs- und Bildungswesens von dem faschistischen und reaktionären Unrat. Pflege eines wahrhaft demokratischen, fortschrittlichen und freiheitlichen Geistes in allen Schulen und Lehranstalten.“

Familie

LDP: „Ur- und Keimzelle des Gemeinschaftswesens ist die Familie. Sie als solche wiederherzustellen und zu erhalten, ist unerlässliche Voraussetzung einer deutschen Gesundung.“

Siedlung und Wohnungswesen

LDP: „Sicherung der angemessenen Wohnmöglichkeit.“

CDU: „Eine umfassende ländliche und gärtnerische Siedlung muß unter weitgehender Heranziehung des Großgrundbesitzes einer möglichst großen Zahl von Deutschen den Zugang zu eigener Scholle und zu selbständiger Arbeit eröffnen. Die Ansiedlung der Landarbeiter ist ein unerlässlicher Bestandteil jeder dauerhaften Aufbaupolitik.“

SPD: „Sicherung des lebensnotwendigen Bedarfs der breiten Volksmassen an Wohnung. Förderung der Wohnungsfürsorge und des Siedlungswesens. Kommunale Wohnungsaufsicht. Anpassung der Mieten und Hypotheken an die durch die Kriegsfolge geschaffene Wirtschaftslage. Aufteilung des Großgrundbesitzes zur Beschaffung von Grund und Boden für umsiedlungsbereite Großstädter. Beseitigung des arbeitslosen Einkommens aus Grund und Boden und Mietshäusern.“

KPD: „Wirkungsvolle Maßnahmen zum Wiederaufbau der Wohnstätten. Liquidierung des Großgrundbesitzes, der großen Güter der Junker, Grafen und Fürsten und Übergabe ihres ganzen Grund und Bodens sowie des lebenden und toten Inventars an die Provinzial- bzw. Landesverwaltungen zur Zuteilung an die durch den Krieg ruinierten und besitzlos gewordenen Bauern.“

Wirtschaft, Industrie, Handwerk, Handel und Gewerbe

LDP: „Die Erhaltung einer einheitlichen deutschen Volkswirtschaft und der freien Wirtschaft ist die Voraussetzung für die

Initiative und erfolgreiche wirtschaftliche Betätigung, Schutz und Förderung jeder schaffenden Arbeit in Handwerk und Kunst, in Handel, Industrie und Landwirtschaft, in Büro und Werkstatt.“

CDU: „Das unermessliche Elend in unserem Volke zwingt uns, den Aufbau unseres Wirtschaftslebens, die Sicherung von Arbeit und Nahrung, Kleidung und Wohnung ohne jede Rücksicht auf persönliche Interessen und wirtschaftliche Theorien in straffer Planung durchzuführen. Industrie, Handel und Gewerbe sind zu entscheidender Mitarbeit am Wiederaufbau berufen und deshalb planmäßig zu fördern. Wir fordern vollen Schutz und Ausbaumöglichkeit für das selbständige Handwerk, das nach Zerstörung vieler industrieller Unternehmungen vor einer neuen, großen Aufgabe steht.“

SPD: „Wiederaufbau der Wirtschaft unter Mitwirkung der kommunalen Selbstverwaltung und der Gewerkschaften. Beseitigung aller Hemmungen der privaten Unternehmerinitiative unter Wahrung der sozialen Interessen. Beseitigung der nazistischen Überorganisation in der Wirtschaft. Kommunale Kredite für Industrie, Handwerk und Handel. Förderung der Verbraucher-genossenschaften und Neuregelung des Kleinhandels.“

KPD: „Völlig ungehinderte Entfaltung des freien Handels und der privaten Unternehmerinitiative auf der Grundlage des Privateigentums. Gerechte Verteilung der Lebensmittel und der wichtigsten Verbrauchsgegenstände. Energischer Kampf gegen die Spekulation.“

Privateigentum

LDP: „Die Erhaltung des Privateigentums ist eine Voraussetzung für die Initiative und erfolgreiche wirtschaftliche Betätigung.“

CDU: „Wir bejahen das Privateigentum, das die Entfaltung der Persönlichkeit sichert, aber an die Verantwortung für die Allgemeinheit gebunden bleibt.“

KPD: „Völlig ungehinderte Entfaltung des freien Handels und der privaten Unternehmerinitiative auf der Grundlage des Privateigentums.“

Sozialisierung und Bodenschätze

LDP: „Die Unterstellung von Unternehmungen unter die öffentliche Kontrolle ist nur gerechtfertigt, wenn die betreffenden Betriebe hierfür geeignet und reif sind, und wenn ein überwiegendes Interesse des Gesamtwohls dies gebietet. Dies gilt auch für landwirtschaftliche Betriebe einer übertriebenen Größenordnung.“

CDU: „Es ist unerlässlich, schon um für alle Zeiten die Staatsgewalt vor illegitimen Einflüssen wirtschaftlicher Machtzusammenballungen zu sichern, daß die Bodenschätze in Staatsbesitz übergehen. Der Bergbau und andere monopolartige Schlüsselunternehmungen unseres Wirtschaftslebens müssen klar der Staatsgewalt unterworfen werden.“

SPD: „Verstaatlichung der Banken, Versicherungsunternehmungen, der Bodenschätze, der Bergwerke und der Energiewirtschaft.“

KPD: „Übergabe aller jener Betriebe, die lebenswichtigen öffentlichen Bedürfnissen dienen (Verkehrsbetriebe, Wasser-, Gas- und Elektrizitätswerke usw.), sowie jener Betriebe, die von ihren Besitzern verlassen wurden, in die Hände der Selbstverwaltungsorgane der Gemeinden oder Provinzen bzw. Länder.“

Arbeiterschaft

LDP: „Schutz und Förderung jeder schaffenden Arbeit.“

CDU: „Wir erkennen die Kraft an, die von der Arbeiterschaft in das Volksganze einströmt.“

SPD: „Neuregelung des Sozialrechts. Freiheitliche und demokratische Gestaltung des Arbeitsrechts. Kampf um die Neugestaltung auf dem Boden der organisatorischen Einheit der deutschen Arbeiterklasse.“

KPD: „Schutz der Werktätigen gegen Unternehmerwillkür und unbotmäßige Ausbeutung. Tarifliche Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen.“

Koalitionsrecht, Betriebsvertretungen

LDP: „Ungehinderter Zusammenschluß zu berufsständischer und gewerkschaftlicher Vertretung.“

CDU: „Den christlichen und demokratischen Lebensgesetzen in Staat und Gesellschaft entspricht der freie Zusammenschluß aller Schaffenden. Wir begrüßen daher die einheitliche Gewerkschaftsbewegung der Arbeiter und Angestellten zur Wahrung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Rechte.“

SPD: „Wiederaufbau der Wirtschaft unter Mitwirkung der Gewerkschaften. Einbau der Betriebsräte in die Wirtschaft. Mitwirkung der Gewerkschaften und Verbrauchergenossenschaften bei den Organisationen der Wirtschaft.“

KPD: „Wiederherstellung der Legalität freier Gewerkschaften der Arbeiter, Angestellten und Beamten. Freie demokratische Wahlen der Betriebsvertretungen der Arbeiter, Angestellten und Beamten in allen Betrieben, Büros und bei allen Behörden.“

Steuerwesen

SPD: „Vereinfachung des Steuerwesens durch straffste Zusammenfassung der Steuerarten. Stärkere Berücksichtigung der sozialen Lage bei der Bemessung der Steuern.“

KPD: „Umbau des Steuerwesens nach dem Grundsatz der progressiven Steigerung.“

Versorgung

LDP: „Sicherung der elementaren Lebensbedingungen des deutschen Volkes.“

CDU: „Wir sind uns der Verantwortung für die Notleidenden und Schwachen, für die Kriegsoffer, die Opfer des Hitlerterrors und für die Versorgungsberechtigten bewußt.“

SPD: „Ausbau der Sozialversicherung zur Sozialversorgung für Kranke, Wöchnerinnen und Mütter, Invalide und Unfallverletzte, Witwen, Waisen, Kriegsversehrte und Arbeitslose. Einbeziehung aller arbeitenden Menschen in die Sozialversorgung.“

KPD: „Öffentliche Hilfsmaßnahmen für die Opfer des faschistischen Terrors, für Waisenkinder, Invaliden und Kranke.“

Nationalsozialismus

LDP: „Äußere und innere Befreiung des deutschen Volkes von den letzten Spuren der Schmach und Schande des Nationalsozialismus. Bestrafung aller derjenigen, die sich im Kriege und in der Vorkriegszeit gegen Gesetz und Menschlichkeit vergangen haben, sowie derjenigen, die die politische Verantwortung für die Gewaltherrschaft der Nationalsozialisten seit 1933 tragen.“

CDU: „Das furchtbare Ausmaß von Unrecht, das die Hitlerzeit gebracht hat, verpflichtet, die Schuldigen und ihre Helfershelfer unnachsichtig in strenger Gerechtigkeit, jedoch ohne Rachsucht zur Rechenschaft zu ziehen.“

SPD: „Haftpflicht der Mitglieder der NSDAP und ihrer Gliederungen für die durch das Naziregime verursachten Schäden.“

KPD: „Keinerlei Nachsicht gegenüber dem Nazismus. Vollständige Liquidierung der Überreste des Hitlerregimes und der Hitlerpartei. Mithilfe aller ehrlichen Deutschen bei der Aufspürung der versteckten Naziführer, Gestapoagenten und SS-Banditen. Restlose Säuberung aller öffentlichen Ämter von den aktiven Nazisten. Außer der Bestrafung der großen Kriegsverbrecher, die vor den Gerichten der Vereinten Nationen stehen werden, strengste Bestrafung durch deutsche Gerichte aller jener Nazis, die sich krimineller Verbrechen und der Teilnahme an Hitlers Volksverrat schuldig gemacht haben. Enteignung des gesamten Vermögens der Nazibonzen und Kriegsverbrecher. Übergabe dieses Vermögens in die Hände des Volks zur Verfügung der kommunalen oder provinziellen Selbstverwaltungsorgane.“

G 50 755

Der Morgen

DIE TAGESZEITUNG DER
LIBERAL-DEMOKRATISCHEN PARTEI
DEUTSCHLANDS

Herausgeber
Dr. Wilhelm Külz

Verlag: Druckerei- und Vertriebs-Gesellschaft m b H., Berlin W 8